

Titel der Drucksache:

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, DIE LINKE., Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 0402/20 - Erfurt zum sicheren Hafen machen - Maßnahmen im überregionalen

Drucksache	0663/20
Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:	0402/20
Stadtrat	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung	13.05.2020	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	27.05.2020	öffentlich	Entscheidung

## Änderungs/Ergänzungsantrag

Der Titel der Drucksache wird **wie folgt ersetzt**:

**Erfurt zum sicheren Hafen machen – Ausrufung, zusätzliche Aufnahme und Potsdamer Erklärung**

Die Beschlusstexte werden **wie folgt ersetzt**:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, folgende Maßnahmen umzusetzen und damit die Landeshauptstadt Erfurt zu einem sicheren Hafen für aus Seenot gerettete Menschen zu erklären:

### 1. Sicherer Hafen

Das Sterben im Mittelmeer und die unwürdigen Zustände in überfüllten Lagern müssen ein Ende haben. Die Stadt Erfurt wendet sich entschieden gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt zivile Bündnisse, welche sich für aus Seenot Gerettete engagieren. Darüber hinaus begreift die Stadt Erfurt Seenotrettung als primär staatliche Aufgabe und macht sich dafür stark, diese entsprechend aufzubauen. Aus Seenot geretteten Menschen bietet Erfurt, entsprechend der folgenden Beschlusspunkte, einen sicheren Hafen.

### 2. Aufnahme zusätzlich zur Quote

Die Stadt Erfurt erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich einem Relocation-Programm, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender (Königsteiner Schlüssel). Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Thüringen hergestellt.

### 3. Potsdamer Erklärung

Die Stadt Erfurt schließt sich der Potsdamer Erklärung an, vernetzt sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei.

### 4. Transparenz

Die Stadt Erfurt veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit Hilfe derer Erfurt zu einem Sicheren Hafen wird.

#### Begründung:

Seit Jahren erleben wir eine humanitäre Katastrophe vor den Grenzen Europas, die sich zunehmend verschärft. Insbesondere auf der Route über das Mittelmeer verlieren täglich Menschen auf ihrer Flucht vor Hunger, Armut, Krieg und Verfolgung ihr Leben. Allein im Jahr 2019 sind mehr als 1300 Menschen im Mittelmeer ertrunken, in den letzten sechs Jahren waren es über 15.000. Die genannten Zahlen beschränken sich auf diejenigen Todesfälle, bei denen Personen geborgen werden konnten oder die über einen längeren Zeitraum als vermisst gemeldet wurden. Die Dunkelziffer dürfte weit höher sein. Damit handelt es sich bei der Fluchtroute über das Mittelmeer um die tödlichste Seeroute der Welt. Dasselbe Europa, das sich der Einhaltung der Menschenrechte und der Achtung aller menschlichen Grundfreiheiten verschrieben hat, ergreift seit Jahren Maßnahmen, um Fluchtwege zu blockieren und Europa abzuschotten. Als solche sind der Abbruch staatlicher Seenotrettungsmissionen, wie der Mare Nostrum zu nennen, wie auch die Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache und die Kriminalisierung und Behinderung ziviler Seenotrettungsorganisationen und deren Mitgliedern. Immer öfter kommt es dazu, dass Seenotrettungs-NGOs die Zufahrt zu europäischen Häfen verwehrt wird, was zur Folge hat, dass die zivilen Seenotrettungsschiffe zum wochenlangen Ausharren auf dem Meer gezwungen und die geretteten Menschen dadurch erneut in Gefahr gebracht werden. Außerdem werden immer wieder Stimmen laut, die eine Rückführung der aus Seenot geretteten Menschen durch die NGOs in das Bürgerkriegsland Libyen fordern, so wie es die sogenannte libysche Küstenwache praktiziert. Dabei missachten sie jedoch Kapitel V, Regulation 33 des SOLAS-Übereinkommen von 1974, das Kapitän/-innen dazu anweist Personen ungeachtet ihrer Staatszugehörigkeit an einen „sicheren Ort“ zu bringen. In Libyen kann von einem sicheren Ort in Anbetracht der Situation in den dortigen Internierungslagern nicht die Rede sein, denn dort sind nach Aussage der deutschen Botschaft Erpressungen, Exekutionen, Folter und Vergewaltigungen alltäglich. Sogar die UN weist Europa explizit an Menschen nicht nach Libyen zurückzubringen, weil dort keine Sicherheit geboten werden kann. Mit der Missachtung dieser Zustände verletzt die EU maßgeblich Menschenrechte. Die Begründung für Abschottungsmaßnahmen dieser Art, wie auch für die Blockaden der Häfen lautet, dass zunächst eine feste Regelung auf europäischer Ebene hinsichtlich der Verteilung der Geflüchteten geschaffen werden müsse. Nicht zuletzt ist eine solche Regelung auch notwendig, um eine Entlastung der Mittelmeerstaaten zu schaffen und europäische Solidarität praktisch zu leben. Da eine europäische Lösung jedoch weiter auf sich warten lässt, müssen konsequente, konkrete Maßnahmen auf lokaler Ebene ergriffen werden, um unserer humanitären Verantwortung gerecht zu werden und Menschenrechte zu wahren. Dieser Antrag soll die Grundlage dafür schaffen, dass die Landeshauptstadt Erfurt, ähnlich wie bereits andere Städte auch, ihren Beitrag dazu leistet, dass Geflüchteten die legale Einreise nach Deutschland und ein legaler Aufenthalt ermöglicht werden. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen, als illegal geltenden Wegen zu ersparen.

Zu 1: Als wichtiger Teil zur Ausrufung als sicherer Hafen gilt es, die Zustände im Mittelmeer zu benennen, auf die Menschen, die ertrunken sind, aufmerksam zu machen und sich für ein Ende des Leids auf dem Mittelmeer einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist es unvermeidbar, die Rolle

der Seenotrettung zu erläutern und sich an die Seite derer zu stellen, welche aktuell Menschenleben retten, unbeschadet der Tatsache, dass Seenotrettung primär eine staatliche Aufgabe sein sollte. Neben der Bereitschaft, weiterhin langfristiges kommunales Ankommen zu ermöglichen, ist die Feststellung der in dem BP01 aufgeführten, aktuellen Situation auf dem Mittelmeer, Basis der Ausrufung zum sicheren Hafen.

Zu 2: Mit dem BP02 erklärt die Oberbürgermeister\*in dem Stadtrat folgend, Bereitschaft weitere Geflüchtete, über die Quote (Königsteiner Schlüssel aufzunehmen). Damit erfolgt das Signal an den Freistaat und den Bund, dass dauerhaft Aufnahmeplätze zur Verfügung gestellt werden. Dies kann gemäß aktueller Bestimmungen effektiv nur im Einvernehmen, sowie der Kooperation, stattfinden. So ist ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm des Freistaates Thüringen, gemäß 23 Abs. 1 AufenthG, zu begrüßen, sowie höhere dauerhaft Aufnahmequoten im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG. Darüber hinaus, ist die Debatte zu führen, inwiefern die Aufhebung der Einvernehmensregel, vgl. Bundesratsinitiative des Landes Berlin zur Streichung des § 23 Absatz 1 Satz 3 AufenthG, zu unterstützen ist, um die Handlungsspielräume der Länder und Kommunen im Sinne der Nutzung vorhandener Ressourcen zugunsten Schutzsuchender erweitern zu können.

Zu 3: Zum Engagement in diesem Bereich gehört die Vernetzung mit anderen aufnahmebereiten Kommunen, sowie weiteren politischen Ebenen. Um diese Vernetzung zu institutionalisieren, gibt es das Bündnis sicherer Häfen. Es gilt, diesem beizutreten und entsprechend die Potsdamer Erklärung zu unterzeichnen.

Zu 4: Damit interessierte Bürger\*innen und die Öffentlichkeit nachvollziehen können, was aktueller Stand der Umsetzung des Beschlusses ist, soll die Stadt diese transparent darstellen und gegenüber der Öffentlichkeit offen kommunizieren.


Siehe dazu auch:

- Pressemitteilung des Berliner Senats (Bezug Begründung von BP02):<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.845060.php>


- Potsdamer Erklärung(Bezug BP03):

[https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019\\_06\\_03\\_potsdamer\\_erklaerung.pdf](https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019_06_03_potsdamer_erklaerung.pdf)


## Anlagenverzeichnis

18.03.2020, gez. 

Datum, Unterschrift Fraktion DIE LINKE

18.03.2020, gez. 

Datum, Unterschrift Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

18.03.2020, gez. 

Datum, Unterschrift Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

